



Premier González (l.), Gewerkschafter Redondo: „Von Sozialismus reden wir später“

Regierung vor dem Zorn der Arbeiter in Schutz zu nehmen.

Die Regierung hat die Forderung der UGT bisher nicht erfüllt, die stagnierende Wirtschaft über Staatsbetriebe und öffentliche Investitionen anzukurbeln. Statt dessen privatisieren die Sozialisten Staatsbetriebe, wann immer sich ein Käufer findet.

Die von der Regierung erst vor zwei Jahren enteignete, dann mit Milliardenaufwand sanierte Rumasa-Holding ist inzwischen schon wieder zu fast 90 Prozent an Privatunternehmer verkauft. Versuche der UGT, wenigstens Teile der Holding in Genossenschaften umzuwandeln, scheiterten am Einspruch verschiedener Ministerien.

Sogar gutgehende Betriebe wie die staatliche Hotelkette Entursa sollen in private Hände übergehen. Es gibt bereits Kauf-Interessenten: Der Aga Khan hat 7,5 Milliarden Peseten geboten, allerdings mit der Forderung, Arbeitsplätze einsparen zu dürfen.

Nicht einmal Mitbestimmung in den Staatsbetrieben hat die UGT erreicht. Beharrlich verhindern die Staatsverwalter ein Mitspracherecht – die Arbeitervertreter seien zu unerfahren.

Der Zorn läßt die Gewerkschafter die Vergangenheit rosarot sehen: „Als die Rechte regierte, hatten wir es leichter“, klagt ein Mitglied der Madrider Bankgewerkschaft. „Durch das schlechte Gewissen der Franquisten haben wir mehr erreicht als bei unseren selbstsicheren Genossen.“

Sündenbock ist der sozialistische Wirtschafts- und Finanzminister Miguel Boyer. „Opfer“, sagt er lakonisch, „muß es geben, wenn die Wirtschaft saniert werden soll.“ Boyer läßt keinen Zweifel daran, daß bei der Sanierung erst einmal die Unternehmer umworben werden müssen.

Um die vom Franquismus verwöhnten, in den ersten Jahren der Demokratie aber bockig gewordenen Unternehmer zu Investitionen zu animieren, steuerte die Regierung ihren neoliberalen Kurs. Unisono mit dem Unternehmerverband fordert Minister Boyer mehr Freiheit, um Arbeiter einfacher und kostensparender entlassen zu können.

„Ich bekomme eine Gänsehaut, wenn ich so etwas von einem sozialistischen Minister höre“, wettet der Gewerkschaftschef Redondo.

Endgültig in Rage gebracht hat die UGT ein Gesetzentwurf, mit dem die Regierung die Sozialversicherung sanieren will. Auch an dieses Thema hatten die vorherigen konservativen Regierungen aus Furcht vor den sozialen Folgen



Kommissionsmitglied Delors: „Ich rede wenig, aber arbeite hart“

nie gerührt. Um das staatliche Sozialwesen vor dem Ruin zu bewahren, plant die Regierung Einsparungen, die hauptsächlich die Arbeiter und zum Teil die Rentner bezahlen müßten.

Die Genossen Minister hätten sich auch hier wieder nur durch Konservatismus und extremen Liberalismus leiten lassen, kritisiert die UGT. Nicht anders als bei Reagan in den USA und Mrs. Thatcher in England sei nun auch im sozialistischen Spanien der Wohlfahrtsstaat in Gefahr.

In ihrem Kampf gegen die konservative Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung hat die UGT inzwischen internationale Unterstützung gefunden. Auf seiner jüngsten Tagung lehnte der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) weitere Lohnmäßigung als Mittel zur Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit ab. Hauptziel jeder Gewerkschaftsarbeit müsse wieder die Verbesserung der Kaufkraft der Arbeiter werden.

EUROPA

Ende des Honigmonds

Die Brüsseler EG-Kommission hat wieder an Autorität gewonnen – dank Präsident Jacques Delors. Er scheute auch nicht den großen Krach mit den Deutschen.

Seinen Dienst pflegt Jacques Delors Sum acht Uhr morgens anzutreten, lange bevor die ersten Beamten im monumentalen Glaspalast der Brüsseler EG-Zentrale auftauchen. Engen Mitarbeitern kann es passieren, daß sie auch am Sonntag zu einer Besprechung in die Privatwohnung des Chefs am Bois de la Cambre gebeten werden.

Bei den Sitzungen der EG-Kommission an jedem Mittwoch duldet er keine

Weitschweifigkeiten: Schon in seinen Lehrjahren bei der Banque de France in Paris habe er gelernt, daß man alles Wichtige in drei Minuten sagen könne, mahnte der neue Mann auf dem Brüsseler Chef-Stuhl gleich zu Beginn seiner Amtstätigkeit vor fast sechs Monaten.

Delors, 59, ist sicherlich der fleißigste Präsident, den die Kommission der Europäischen Gemeinschaft seit langem vorzuweisen hat. Er scheut auch keinen Konflikt, wie seine harte Reaktion auf Bonns EG-Veto zeigt. Ob es dem Franzosen aber gelingt, seiner Behörde wieder zu mehr Einfluß und Ansehen zu verhelfen, muß sich erst noch herausstellen.

Die EG-Kommission, von ihrem ersten Präsidenten, dem Deutschen Walter Hallstein, einst als Motor der europäischen Integration vorgesehen, war in den letzten zehn Jahren immer ärger heruntergekommen; unter den 10 000 Beamten der Kommission wucherten Schlendrian und Frustration. Statt die nationalen Regierungen mit ihrer Autorität zu gemeinsamen Aktionen anzuhalten, drohte

die Kommission zu einem bloßen Befehlsempfänger der Mitgliedsstaaten abzusinken.

Der scheinbar unaufhaltsame Niedergang läßt sich nur zum Teil dem persönlichen Versagen der Delors-Vorgänger ankreiden. Zwar fehlten dem Luxemburger Gaston Thorn, dem Briten Roy Jenkins und davor dem Franzosen François-Xavier Ortoli die Statur, um sich gegen den Egoismus der Mitgliedsstaaten auf Dauer durchsetzen zu können.

Mehr noch aber litten sie unter der Machtlosigkeit ihres Jobs: „Die Kommission ist eine entmannte Regierung, die alles vorschlagen, alles ausarbeiten, alles ausführen muß, aber nichts entscheiden darf“, klagte Thorn am Ende seiner vierjährigen Amtszeit.

Selbst in seiner eigenen Behörde gilt der Kommissionspräsident nicht immer viel. Denn anders als fast alle nationalen Regierungschefs hat er keine Richtlinienkompetenz: Bei strittigen Fragen wiegt seine Stimme nicht mehr als die jedes seiner 13 Kommissare.

Als „primus inter pares“, so Claus-Dieter Ehlermann, Generaldirektor des juristischen Dienstes der EG-Kommission, „ist er allein auf seine persönliche Autorität angewiesen“.

Davon allerdings hat Delors reichlich. Für den ehrgeizigen Franzosen traf es sich gut, daß er vor einem halben Jahr mit einer fast völlig neuen Mannschaft von Kommissaren antreten konnte: Aus der Thorn-Kommission mußte er nur den Deutschen Karl-Heinz Narjes (Industrie und Forschung), den Italiener Lorenzo Natali (Entwicklungshilfe) und den Holländer Frans Andriessen (Landwirtschaft) übernehmen.

Die Unerfahrenheit seiner Mit-Kommissare machte es Delors leicht, von Anfang an die Chef-Rolle zu besetzen. In seinem Kabinett – dem größten, das es jemals gab in der EG-Geschichte – arbeiten ihm allein neun Spitzenfunktionäre persönlich zu. Kabinettschef Pascal Lamy, der früher schon in Paris für Delors und den damaligen Premierminister Pierre Mauroy tätig war, ist der

Stunde der Wahrheit in Mailand

Die Geschichte des Vetorechts in der Europäischen Gemeinschaft

Die Bundesrepublik, die sich seit Adenauers Zeiten gerne als europäischen Musterschüler sieht, ist unter dem selbsternannten Adenauer-Enkel Helmut Kohl unversehens zum Buhmann der Europäischen Gemeinschaft (EG) geworden.

Am selben Tag, an dem in Lissabon und Madrid die Beitrittsverträge mit Portugal und Spanien unterzeichnet wurden, verhinderte Bonns Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle vorletzte Woche in Luxemburg eine von der EG-Kommission vorgeschlagene und von allen anderen Mitgliedsstaaten akzeptierte Senkung des Getreidepreises um 1,8 Prozent.

Um im Ministerrat nicht überstimmt zu werden, griff Kiechle zu einem Mittel, dessen sich bis dahin nur die Enfants terribles der Gemeinschaft bedient hatten. Zum erstenmal in der EG-Geschichte legte ein deutscher Minister ein Veto ein. Dabei berief er sich auf eines der umstrittensten Dokumente, das die Gemeinschaft je hervorgebracht hat – den sogenannten Luxemburger Kompromiß vom Januar 1966.

Im Sommer 1965 hatte Frankreichs de Gaulle die damalige Sechser-Gemeinschaft in eine schwere Krise gestürzt. Weil schon die zarten Anfänge einer europäischen Integration nicht in sein Konzept vom „Europa der Vaterländer“ paßten, boykottierte er die Sitzungen der Brüsseler Gremien.

Seinen Zorn erregte vor allem das im EG-Vertrag vorgesehene Mehrheits-

stimmrecht im Ministerrat: Die Aussicht, daß er von seinen Partnern majorisiert werden könnte, ließ sich schwer mit seiner Vorstellung von Frankreichs Souveränität vereinbaren.

Nach sieben Monaten wurde de Gaulles „Politik des leeren Stuhls“ am 29. Januar 1966 in Luxemburg mit einer gemeinsamen Erklärung der Sechs zur Frage des Mehrheitsprinzips beendet. Dieses Papier, obwohl strenggenommen kein Kompromiß, sondern die Feststellung einer fortbestehenden Meinungsverschiedenheit, veränderte die Entscheidungsprozeduren der Gemeinschaft von Grund auf.

Frankreich verlangte, bei „sehr wichtigen Interessen“ eines oder mehrerer Partner müsse die Diskussion im Ministerrat so lange fortgesetzt werden, bis „einstimmiges Einvernehmen erzielt worden ist“.

Damit hätte jeder Mitgliedsstaat das Recht bekommen, Entscheidungen nach Gutdünken zeitlich unbegrenzt zu blockieren. Denn was „sehr wichtige Interessen“ sind, wann sie auf dem Spiel stehen – darüber hätte nach de Gaulles Willen natürlich nur jedes Land allein entscheiden dürfen.

Was der General forderte, war in Wirklichkeit, so Rolf Lahr, damals als Staatssekretär des Bonner Auswärtigen Amtes mit dabei, die Einführung des „Liberum Veto unseligen Angedenkens, das in die Geschichte eingegangen ist als das der Mitglieder des einstigen polni-



Staatspräsident de Gaulle
„Politik des leeren Stuhls“

schen Reichstages, mit dem diese ihr Königreich zugrunde richteten“.

Frankreichs fünf Partner gaben nicht nach. Sie gestanden zwar zu, daß bei sehr wichtigen Interessen die Beratungen um „einen angemessenen Zeitraum“ zu verlängern seien, mochten aber nicht auf die Möglichkeit verzichten, mit Mehrheit zu entscheiden, wenn am Ende kein Einvernehmen erzielt werden konnte.

einzig, der den Präsidenten mit „Jacques“ anreden darf.

Während unter Thorn, der jegliches Aktenstudium scheute und sich lieber auf seine Intuition verließ, die Kommissionsberatungen oft kunterbunt „wie am Stammtisch im Café de Commerce“ (ein EG-Beamter) verliefen, achtet Delors auf Disziplin und Präzision.

Statt gegen das harte Regiment aufzumucken, scheinen sich die Kommissare bislang fast lustvoll zu unterwerfen. Wer nicht pariert, kriegt den Zorn des Meisters zu spüren. „Das vergess' ich Ihnen nicht“, zischte Delors wutschnaubend vor versammelter Mannschaft den Italiener Carlo Ripa di Meana und den Griechen Grigoris Varfis an, als die es gewagt hatten, sich bei der kommissionsinternen Abstimmung über die Agrarpreis-Vorschläge querzulegen.

So fest hat der Präsident seine Truppe im Griff, daß die Kommission gleich entscheidungsunfähig zu werden droht, wenn er mal nicht da ist. Als Delors kürzlich zum Begräbnis seiner Schwie-



Europa-Politiker Delors (M.)* in Bonn: Jede Woche drei Stunden Deutsch

Mit diesem Luxemburger Kompromiß wurde also weder das Mehrheitsprinzip abgeschafft noch der geltende EG-Vertrag geändert.

In der Praxis aber kam es anders, denn in der EG, so sieht es de Gaulles damaliger Außenminister Maurice Couve de Murville heute, „setzte sich sofort die Gewohnheit fest, faktisch die französische Haltung zu übernehmen“:

Sobald ein EG-Partner wichtige oder gar vitale Interessen geltend machte, wurde auch nach überlanger Dauer der Beratung keine Mehrheitsentscheidung gefällt, obwohl diese nach dem Text der Römischen Verträge vorgesehen ist. Mehr noch: Selbst wenn offenkundig von sehr wichtigen Interessen nicht die Rede sein konnte, wurde meist bis zum Erreichen von Einstimmigkeit weiterverhandelt.

Das rechtlich gar nicht existente Gebot zur Einstimmigkeit geriet allmählich zum Erbübel der Gemeinschaft, das Europas Entwicklung zunehmend lähmte und auch nach qualvollen Sitzungsmarathons in der Regel nur Einigungen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zuließ.

Nach der Krise 1965/66 sei die Gemeinschaft nicht mehr die gleiche wie vorher gewesen, urteilt Ex-Staatssekretär Lahr. Und Robert Schaezel, früher Amerikas Botschafter bei der EG, beschrieb den Niedergang so: „Da Paris jeden Vorschlag mit dem feinmaschigen Netz unmittlbarer Nationalinteressen prüfte, wurden andere Regierungen erst unruhig und verfielen dann der Nachahmung.“

Als besonders gelehrige Schüler de Gaulles erwiesen sich die EG-Neuankömmlinge Großbritannien, Dänemark,

Irland und Griechenland. Die Briten erklärten sogar, der Luxemburger Kompromiß sei eine wesentliche Voraussetzung für den Beitritt ihres Landes gewesen. Englands Landwirtschaftsminister Michael Jopling, in der Sache ein erbitterter Verfechter von Getreidepreissenkungen, ließ es sich denn auch nicht nehmen, Kiechle für dessen Veto ironisch zu gratulieren.

Alt-Gaullist Couve de Murville sieht sich nachträglich von der Geschichte bestätigt: Nun sei der Beweis erbracht, schrieb er im „Figaro“, daß Frankreich 1966 in Luxemburg recht gehabt habe.

Mit dem deutschen Veto verfliegen alle Illusionen, die europäischen Staats- und Regierungschefs könnten auf ihrem Mailänder Gipfeltreffen Ende dieser Woche den Grundstein für einen neuen EG-Vertrag und gar eine politische Union legen. Gerade Kohl („In Mailand schlägt die Stunde der Wahrheit“) und Frankreichs François Mitterrand hatten in den letzten Monaten diese Vision immer wieder blumig beschworen.

Doch trotz aller Beteuerungen ist kein Mitgliedsstaat wirklich bereit, sich bei Angelegenheiten von besonderem innenpolitischem Belang von anderen überstimmen zu lassen.

Für Mailand bleibt allenfalls ein Minimalprogramm: Auf Vorschlag der Briten soll die Vetopraxis nicht abgeschafft, sondern lediglich eingegrenzt werden: Jede Regierung, die ein Veto einlegen will, soll zuvor ihr besonderes „nationales Interesse“ schriftlich in einem Memorandum begründen, das dann im Rat der Außenminister diskutiert wird.

germutter nach Frankreich fuhr, benahmen sich die alleingelassenen Kommissare nach Auskunft eines Teilnehmers „wie eine Schulklasse, die der Lehrer eben mal eine Stunde verlassen hat“.

Statt über die Senkung des Getreidepreises zu entscheiden, schwatzte jeder ungeniert drauflos. Zur Strafe mußten die Kommissare anderntags nach Rückkehr des Chefs nachsitzen.

Zufrieden registrierte Delors die Verblüffung, die sein straffer Arbeitsstil bei den Beamten der Gemeinschaft und in den EG-Vertretungen der Mitgliedsregierungen auslöste. Gutgemachte Arbeit sei für ihn wie ein sinnlicher Genuß, so der Kommentar des Präsidenten. Und er lobte sich selbst: „Ich rede wenig, aber arbeite hart“ – eine herzlose Anspielung auf seinen Vorgänger Thorn, der es genau andersherum zu halten pflegte.

Der kämpferische Franzose, zu dessen Lieblingslektüre die Sportzeitung „L'Equipe“ gehört und der über Radrennen wie Fußball bestens Bescheid weiß, scheut auch den Konflikt mit den nationalen Regierungen nicht. Dann geht auch schon mal das Temperament mit dem sonst eher introvertierten Mann durch.

Als Spaniens Außenminister Fernando Morán in der Schlußphase der EG-Beitrittsverhandlungen um jedes Kilo Fisch und Oliven feilschte, polterte Delors öffentlich los: Die Spanier stünden mit dem Rücken an der Wand, und da sie, „wie alle Welt weiß, gute Maurer sind“, sollten sie die Wand gefälligst abtragen. Delors habe „weinselig“ die Ehre der iberischen Nation beleidigt, empörte sich daraufhin Spaniens Presse.

Über den Widerwillen der Bonner gegen den Ausbau des Europäischen

* 1984 mit den Ministern Genscher, Cheysson, Dumas und Stoltenberg.

Währungssystems höhnte er: „Für die Deutschen kommt zuerst die Bundesbank, dann, vielleicht, der liebe Gott und dann die Regierung.“

In der Bar des Luxemburger Europa-Zentrums fiel Delors vergangenen Dienstagabend – zu später Stunde offenbar noch gut in Form – vor Dutzenden von Augenzeugen über Italiens EG-Botschafter Piero Calamia her.

Der Kommissionschef fühlte sich verletzt. Weil die Außenminister und ihre Gehilfen allzu lange mit einer jugoslawischen Delegation getafelt hatten, mochten sie nicht mehr wie verabredet an die Arbeit zurückkehren und mit Delors, der geduldig ausgeharrt hatte, noch Details der Mittelmeer-Hilfe für Griechenland beraten.

Als Roms Botschafter dem Präsidenten die Vertagung meldete, explo-

Für Helmut Kohl empfindet Delors eine Zuneigung, die er selber „sentimental“ nennt. Darin schwingt der Glaube mit, er habe dem Deutschen gegenüber eine Dankesschuld abzutragen. Als im Sommer 1984 ein Nachfolger für Gaston Thorn bestimmt werden sollte, hätten eigentlich die Bonner, die seit Hallsteins legendären Zeiten keinen Kommissionspräsidenten mehr gestellt haben, ein ungeschriebenes Vorrecht gehabt.

Am 16. Juli 1984 hatte Präsident Mitterrand seinem Finanzminister im Elysée-Palast eröffnet, daß er nicht, wie allgemein angenommen, ihn, Delors, sondern Laurent Fabius zum neuen Premierminister auserkoren habe. Fabius war für Delors der junge Mann, der unter ihm als Junior-Minister gedient hatte und unter dem er deshalb niemals als Minister hätte arbeiten wollen.

Delors, so einer seiner Mitarbeiter, habe große Hoffnungen auf die Achse Bonn/Paris gesetzt und in Helmut Kohl seinen wichtigsten Verbündeten gesehen: „Um so enttäuschter ist er jetzt.“

Delors-Sprecher Hugo Paemen über die Konsequenzen der Bonner Verweigerung: „Das war eine Zäsur, der Präsident hat gemerkt, daß der Honigmond für ihn vorbei ist.“

In seinem Bestreben, die neue Autorität der Kommission nicht durch die Bundesregierung demontieren zu lassen, wagte Delors die Kraftprobe mit Bonn.

Vergangenen Mittwoch beschloß die Kommission, den Getreide- und Rapspreis eigenmächtig einstweilen um 1,8 Prozent zu senken. Nur ein formeller Ministerratsbeschuß kann diese Anordnung wieder außer Kraft setzen. Kommt ein solcher Beschluß aber nicht binnen zwei Monaten zustande, will Delors den Rat vor dem Europäischen Gerichtshof wegen Untätigkeit verklagen.

Für Bonns Kohl und seinen Kiechle ist der Alleingang der Brüsseler Eurokraten ein beispielloser Affront. Denn noch nie haben sich die Brüsseler getraut, ein nationales Veto einfach aus den Angeln zu heben. Ärgerlich polterte Kiechle: „Ich werde nicht zu Füßen von Herrn Andriessen rückwärts auf dem Bauch kriechen.“ Der leidige Streit hat bewirkt, daß EG-Europa nach den gelungenen Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal wieder in die gewohnte Tristesse zurücksackt.

Delors, der auf dem Mailänder EG-Gipfel ein Programm für die endgültige Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 sowie für die Gründung einer europäischen Technologie-Gemeinschaft präsentieren will, ahnt, daß er nach nur sechs Monaten schon an einer Wegscheide steht: Endet Mailand mit einem Fehlschlag, wird auch seine Mannschaft wohl wieder von jener defätistischen Katerstimmung eingeholt, die für die letzten Jahre der Thorn-Kommission typisch war.

EG-Insider glauben, daß Delors für diesen Fall schon vorgesorgt habe: Bei seinem Weggang habe Mitterrand ihm bedeutet, daß er ihn weiterhin zur „Reserve der Nation“ zähle.

Wenn die Sozialisten nämlich, wie erwartet, im nächsten Jahr die absolute Mehrheit in der Pariser Nationalversammlung verlieren, dann „braucht Mitterrand“, so ein Delors-Gehilfe, „eine Alternative zu Fabius, und diese Alternative kann nur Delors heißen“.

Auch Bonns Außenminister Hans-Dietrich Genscher will schon immer gewußt haben, daß Mitterrand in Delors „seinen natürlichen Kronprinzen“ sehe.

Wer dann Platz nehmen könnte auf dem Brüsseler Chefstuhl, deutete vor kurzem der französische Botschafter in Bonn an: Genscher, des Koalitionsgezeres leid, würde angeblich gerne noch vor der Bundestagswahl 1987 Europas Kommissionspräsident werden.



Landwirtschaftsminister Kiechle (l.) in Brüssel*: „Nicht auf dem Bauch kriechen“

dierte der: „So können Sie mit mir nicht umspringen, Herr Botschafter.“ Calamia versuchte sich zu verteidigen, doch Delors war nicht mehr zu bremsen: „Die Kommission läßt sich nicht manipulieren. Ich rufe gleich Herrn Papandreou an und sage ihm, wer das Mittelmeer-Programm hintertreibt“ – in der EG ist Griechenlands Ministerpräsident wegen seiner unberechenbaren Temperamentsausbrüche gefürchtet.

Und zum zweiten Mal binnen weniger Wochen redete der frustrierte Kommissionspräsident aus vergleichsweise nichtigem Anlaß von Demission: „Wenn Sie meinen Rücktritt haben wollen, brauchen Sie es nur zu sagen, aber sagen Sie es offen“, hielt er Calamia vor.

In solchem Aufbrausen zeigt sich eine Schwäche des autoritären Führungsstils: Delors neigt zu vorschnellen Drohungen, wenn etwas nicht nach seinem Willen läuft. Nur riskiert er damit, am Ende nicht mehr ernst genommen zu werden.

Delors, ein pragmatischer Sozialdemokrat, der einst den gaulistischen Premierminister Jacques Chaban-Delmas beraten hatte, könne Kommissionspräsident in Brüssel werden, bot Mitterrand an – vorausgesetzt, Kohl sei einverstanden. „Der Kanzler“, so erinnert sich Delors heute, „sagte sofort ja. Ohne ihn säße ich nicht hier.“

Seine Sympathie für den Christdemokraten geht so weit, daß Delors ab Juli jede Woche drei Stunden Deutschunterricht nehmen will: „Ich will mit dem Kanzler Deutsch reden können.“

So wie er das sagt, klingt es inzwischen freilich, als wolle er mit Kohl Tacheles reden. Grund genug dazu hätte er. Verbittert mußte Delors mit ansehen, wie Kohl seinen Bauernminister Ignaz Kiechle gewähren ließ, als der sich gegen die von der Kommission vorgeschlagene Getreidepreissenkung stemmte.

* Mit dem französischen Landwirtschaftsminister Henri Nallet.